

Zum Abschluss des „heißen Herbstes“ lädt das Nürnberger Bündnis zum sozialpolitischen Buß- und Betttag ein

# „Wir sehen den sozialen Frieden gefährdet“

Die Katholische und evangelische Kirche in Nürnberg haben – zusammen mit der Katholischen Betriebsseelsorge und dem Evangelischen kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt sowie dem DGB Region Mittelfranken – einen „heißen Herbst“ hinter sich. Angefangen mit der Vorstellung des Nürnberger Appells „Fair teilen statt sozial spalten“ im September findet mit dem sozialpolitischen Buß- und Betttag am 17. November der vorläufige Abschluss der Aktionen statt. Der Protest der Initiatoren richtet sich gegen das Sparpaket der Bundesregierung und soll ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Schwachen sein.

Die Veranstalter warnen vor einer Verschärfung der sozialen Schieflage in Deutschland und fordern die Politiker auf, die Lasten gerecht zu verteilen, damit die Lebenssituation von benachteiligten Menschen sich nicht weiter verschlechtert. Berater sozialer Einrichtungen berichteten beim ökumenischen Aktionstag im Oktober von Verschlechterungen beispielsweise bei Alleinerziehenden, beim Heizkostenzuschuss und der Arbeitslosenberatung.

## Positive Bilanz

Nürnberg's katholischer Stadtdekan Hubertus Förster zieht eine positive Bilanz der vergangenen Aktionen. „Wir haben es im Zusammenschluss der Kirchen mit dem DGB geschafft, auf die unserer Meinung nach ungerechte Lastenverteilung des Sparpaketes aufmerksam zu machen und unsere Möglichkeiten aufgezeigt. So wie bereits mit der ‚Nürnberger Erklärung zur Finanz- und Wirtschaftskrise‘ von Oktober 2009“, sagt Förster. Zwar seien die wenigsten Kirchgänger von den geplanten Sparmaßnahmen unmittelbar betroffen, aber: „Als Christen müssen wir uns an die Seite der Benachteiligten stellen.“ So sei die ökumenische Aktion am 17. Oktober inhaltlich dicht und kompakt gewesen, das Transparent „Fair teilen statt sozial spalten“ wurde von Hunderten Menschen unterschrieben und



Hunderte Menschen haben auf einem Transparent unterschrieben, das plakativ den Protest zum Ausdruck bringt.

Foto: Sauerbeck

sichtbar an der Lorenzkirche hochgezogen. Viele Menschen hatten Kuchen mitgebracht, von dem nicht nur sprichwörtlich für jeden etwas dabei war. „Ich habe mich gefreut, dass mehr als 300 Leute gekommen waren, aber ich hätte mir noch mehr vorstellen können.“

Die ökumenische Aktion bezog sich auf das gemeinsame Sozialwort der beiden großen Kirchen von 1997. Die Warnungen von damals, so Förster, würden auch heute noch gelten. „Mehr noch: sie haben sich verschärft. Damals war es ein Grundsatzpapier, jetzt hat es den aktuellen Bezug.“ Ein Beispiel: „Sozialer Ausgleich und soziale Balance sind auch dann gefordert, wenn die Lasten neu verteilt werden. Veränderungen und Anpassungen (...) dürfen nicht nur den Geringverdienenden, Arbeitslosen und den Sozialhilfeempfängern zugemutet werden“, steht es im Sozialwort. „So klar diese Aussage ist, so wenig wird sie derzeit im Sparpaket berücksichtigt. Man kann nicht nur oder vor allem bei denen kürzen, die wenig haben“, sagt Hubertus Förster und zitiert weiter aus dem Papier: „Das Gerechtigkeitsempfinden wird empfindlich gestört, wenn nicht zur gleichen Zeit bei denen Abstriche gemacht werden, die sie ohne Not verkraften können.“

Doch was können Christen tun, um Solidarität mit armen, benachteiligten und machtlosen Mitmenschen auszudrücken? „Wir können nichts Besseres machen als derartige Aktionen und Entscheidungsträger anschreiben. Dazu das fürbitende Gebet im Gottesdienst, das immer auch appellativen Charakter hat und damit Appell an jeden Einzelnen ist“, sagt der katholische Geistliche. „Wir dürfen als Christen nicht müde werden, auf die Not vieler Menschen aufmerksam zu machen“, meint er.

## Beispiel Nürnberg

Ein Beispiel sei Nürnberg: In der Arbeitslosenstatistik Bayerns mit 8,2 Prozent Arbeitslosenquote wieder trauriger Spitzenreiter. In den vergangenen Jahren haben namhafte Firmen dicht gemacht. „Die Kirche kann und muss sich mit den betroffenen Arbeitnehmern solidarisch zeigen, wie seinerzeit bei der Schließung der AEG oder Quelle. Die Betroffenen müssen spüren, dass sie uns nicht egal sind“, ist Förster überzeugt. Sie müssten spüren, dass da jemand an ihrer Seite steht, dass die Kirchen aktiv mit Betriebsseelsorgern vor Ort sind, und dass die Würde eines Menschen nicht von der Berufstätigkeit abhängig ist. In einem

Sozialstaat dürften diese Menschen nicht fallen gelassen werden.

Die Politiker will das Bündnis aus Kirchen und Gewerkschaften darauf aufmerksam machen, dass der soziale Frieden gefährdet ist, wenn durch die geplanten Maßnahmen das solidarische Grundprinzip geschwächt wird. „Wir fordern die Einführung der privaten Vermögenssteuer und einer Finanztransaktionssteuer sowie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer“, erklärt Stadtdekan Förster. Der Sozialstaat sei ein eigenständiger hoher Wert und kein Anhängsel der Marktwirtschaft, das je nach Wirtschaftslage unter Finanzierungsvorbehalt gestellt wird. „Der Sozialstaat stellt die solidarische Grundstruktur einer Gesellschaft dar und sichert damit die soziale und politische Stabilität der Gesellschaft.“ **Elke Pilkenroth**

**Mittwoch, 17. November, 19.30 Uhr, Peterskirche Nürnberg, Regensburger Str. 62: Sozialpolitischer Buß- und Betttag „Wir wollen unser Geld zurück! – Verursacher und Nutznießer der Krise zur Kasse bitten“. Vortrag von Caspar Dohmen, Wirtschaftskorrespondent der Süddeutschen Zeitung. Eintritt frei.**